

VVL Berlin Brandenburg

Von: Springer René <rene.springer@bundestag.de>
Gesendet: Montag, 24. Juni 2024 19:42
An: VVL Berlin Brandenburg
Betreff: AW: Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2024 aus Sicht der Speditions- und Logistikbranche im Land Brandenburg - Bitte um Beantwortung bis zum 15. Juli 2024

Sehr geehrter Herr Schollmeyer,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine vom 23.05.2024, die ich Ihnen im Folgenden gern beantworten möchte.

Vorbemerkung

Die Alternative für Deutschland hat auch den Wirtschaftsteil ihres Regierungsprogramms 2024 für Brandenburg unter das Motto der Inneren Sicherheit gestellt: „Freie Wirtschaft in einem sicheren Land“. Auch für die Beschäftigten in der Logistikbranche wie für die Eigner der Betriebe ist die Sicherheit auf den Straßen und Rastplätzen in Brandenburg Voraussetzung ihrer Arbeit wie für Investitionen.

E-Mobilität/Alternative Fahrzeugantriebe: Die Logistikbranche wird im Zuge der Verkehrswende vor große Herausforderungen gestellt. Durch welche Maßnahmen und/oder Anreize werden Sie die Unternehmen beim Umstieg auf klimafreundlichere Nutzfahrzeuge unterstützen?

Die AfD verurteilt die terroristischen Anschläge auf weltbekannte Industrieansiedlungen der E-Mobilität im Land. Wie eingangs beschrieben gefährdet die schwindende innenpolitische Sicherheit ganz konkret den technischen Fortschritt. Wir sind technologieoffen in jedem Bereich und begrüßen die Vielfalt von Techniken im Antriebs- oder Batteriebereich in der Automobilindustrie. Deutschland soll allerdings, um den Verbrennungsmotor zu schützen, den Gebrauch von E-Fuels ermöglichen. Das Land Brandenburg soll sich dafür einsetzen, damit Forschung und vorbildhafte Anwendung vor Ort stattfinden können. Die modernen EURO-6-LKWs sind aus unserer Sicht umweltfreundlich und nachhaltig.

Fachkräftemangel & Ausbildung: Wie werden Sie künftig sicherstellen, dass die Speditions- und Logistikbranche Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften hat? Welche Programme werden entwickelt, um Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Branche zu fördern?

Die AfD ist zuwanderungskritisch. Die Zuwanderung schafft im bisherigen Umfang und in der bisherigen Ausgestaltung einzig Probleme. Wir wollen die tatsächliche Auswanderungswelle qualifizierter Bürger stoppen und die gut ausgebildeten Auswanderer in ein sicheres und für die arbeitende Schichten steuerentlastetes Land zurückholen. Aktuell fordern wir bei den neuesten, gestiegenen Zahlen von Schulabbrechern (jetzt 6,9 Prozent je Jahrgang) eine Umkehr des Schulsystems. Es muss auf die Förderung praktischer Ausbildung, der Verzahnung mit dem Dualen System und wieder zur Einübung der Anerkennung von Autoritäten hin, entwickelt werden. Viele jungen Menschen machen deswegen keinen Abschluss, da in den Schulen Chaos, Gewalt und Abwertung handwerklicher Tätigkeiten bzw. der Dienstleistung, wie in der Logistik, vorherrschen.

Bürokratie: Was gedenken Sie zur Entlastung der Logistikbranche, als dem Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung, zu tun? Wie ist die Position zu einer Vereinheitlichung und Vereinfachung bei Fahrverboten an nicht bundeseinheitlichen Feiertagen? Wie sollte Brandenburg zukünftig die Streckengenehmigung für den Betrieb von Lang-LKW handhaben?

Alle anderen Parteien reden um den Elefanten im Raum herum, wenn es um das Thema Bürokratie geht. Warum nimmt sie exponentiell zu? Weil die EU die Vorgaben macht und Deutschland sie so kompliziert wie möglich umsetzt. Daher müssen wir zu einem kritischen Umgang mit EU-Vorgaben kommen.

Die angesprochene Vereinheitlichung wäre eine Selbstverständlichkeit in einem funktionierenden Föderalismus, wir unterstützen sie. Es kann nicht sein, dass Fahrverbote uneinheitlich sich gestalten.

Solange keine Gewichtserhöhung bei Lang-LKWs über 40 t stattfindet, unterstützt die AfD die verstärkte Nutzung von Lang-LKWs. Wir sehen bei der LKW-Auflastung Probleme, wegen der notwendigen Ertüchtigung der Brücken, nicht aufgrund der Länge. Wir sind nachdrücklich für den Ausbau der Straßen und kritisieren die Landesregierung wegen des fehlenden Landesstraßen-Ausbauprogramms.

Mobilitätsgesetz Brandenburg: Das Anfang 2024 verabschiedete Mobilitätsgesetz soll den Rechtsrahmen für die Verkehrswende in Brandenburg und eine klimaneutrale Mobilität bis spätestens 2045 darstellen. Wie stellen Sie sicher, dass die bisher im Gesetz kaum berücksichtigten Belange des Wirtschaftsverkehrs besser berücksichtigt werden?

Es ist zu bemerken, dass das Mobilitätsgesetz Brandenburg gerade das behindert, was sie als Logistikbranche fordern. Wir kritisieren es als Ganzes, da es die Belange des Wirtschaftsverkehrs stark vernachlässigt. Wir kritisieren besonders den §3 dieses Gesetzes, der den Neubau von Straßen ausschließt. Wir fordern eindeutig und in Anträgen der Landtagsfraktion belegt, auch die Wiedereinführung des von der Landesregierung ersatzlos gestrichenen, ehemaligen §43 des Straßengesetzes Brandenburg, um den zielgerichteten Ausbau der Infrastruktur im Wirtschaftsverkehr zu gewährleisten.

Infrastruktur: Die Leistungsfähigkeit der Brandenburger Wirtschaft ist abhängig von einem leistungsfähigen Verkehrsnetz. Dazu gehört auch der Erhalt/Neubau der nachgelagerten Infrastruktur wie den Gleisanschlüssen in Güterverkehrszentren und die Anbindung der Häfen. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Infrastruktur für den Güterverkehr zu verbessern und das Verkehrsnetzwerk auszubauen?

Wie in unserem Regierungsprogramm für Brandenburg zu ersehen ist („Auto- und Eisenbahnland Brandenburg“), fordern wir die Schaffung von zielgerichteten Sonderprogrammen, -statt unqualifizierter Brandenburg-Pakete-, um „Ortsdurchfahrten, Ortsumgehungen, Brücken“ und ferner „Wasserstraßen“ neu bauen zu können oder zu ertüchtigen. Wir präferieren, dass der LKW-Transitverkehr auf die Schiene verlagert werden soll. Hierzu muss freilich das Güterschienennetz ausgebaut werden. Dies geschieht nur in einem Umfeld einer technik- und neubaugewandten Nation. Die Ideologie der Klimapolitik verhindert aus Gründen der CO2-Vermeidung insgesamt Neu- und Zubauten.

Mit freundlichen Grüßen

René Springer, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-79540